
Resolution - Reform im öffentlichen Dienst

Amir Vesali

Derzeit besteht der Arbeitsmarkt aus rund 405.000 Beschäftigten, von denen 20,25%, also eine beträchtliche Anzahl, im öffentlichen Sektor tätig sind.

Unter Berücksichtigung der großen Vielfalt innerhalb der luxemburgischen Bevölkerung kann man eine ungleichmäßige Verteilung von Funktionen innerhalb des öffentlichen Dienstes feststellen, die mit der Herkunft des Einzelnen zusammenhängt. Es sollte anerkannt werden, dass Luxemburg, das eine einzigartige Position im Herzen Europas einnimmt, mit eigenen Herausforderungen konfrontiert ist. Daher ist ein einfacher Vergleich mit Nachbarländern eher unmöglich.

Früher oder später müssen die politischen Entscheidungsträger ihren Standpunkt zur Verbesserung der Karrieren beim Staat und zur Öffnung von Karrieren im öffentlichen Dienst klar formulieren.

Mit Ausnahme bestimmter Arbeitsplätze, die ausschließlich Luxemburgern vorbehalten sind, wie etwa bei Behörden, Polizei und Armee, stehen seit 2009 alle anderen Laufbahnen Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates offen, die die Voraussetzungen für den Zugang zur Laufbahn eines Beamten erfüllen. Ein genauerer Blick auf die Zahl der Staatsbeamten zeigt eine ungleiche Verteilung dieser Laufbahnen, wobei die Luxemburger 93 % der Stellen besetzen.

Auf lange Sicht wird die Einstellung von Personal im öffentlichen Sektor damit drastisch an Grenzen stoßen, was bereits vom Minister für den öffentlichen Dienst erwähnt wurde.

Daher wird uns die rechtzeitige Prognostizierung in naher Zukunft vor einem Mangel an hochqualifizierten Beamten bewahren.

Aber die neue Struktur des öffentlichen Dienstes sowie der halbstaatlichen Unternehmen muss jedoch auf verschiedenen Ebenen umgesetzt werden. Auf der sozialen Ebene ist es wichtig zu erwähnen, dass die Mitarbeiter der POST GROUP, Restopolis etc., eine Aufwertung ihrer Arbeit verlangen. Die von Zeitarbeitsfirmen erleichterte Praxis vorübergehender Anstellung, die zunehmend genutzt wird, sollte nur in Ausnahmefällen eine dauerhafte Alternative für Kommunen und halbstaatliche Unternehmen sein. Selbst der systematische Rückgriff auf Überstunden entspricht nicht der großherzoglichen Verordnung, die den Ausnahmecharakter der letzteren betont. Eine Normalisierung oder gar Verharmlosung dieser Praktiken ist sicherlich ein negatives Signal sowohl für die Arbeitswelt als auch für die Zivilgesellschaft.

Wir, als Jugendparlament von Luxemburg:

- 1. sind der Meinung, dass eine Aufnahmeprüfung zum öffentlichen Dienst weder ein Instrument der Segregation noch eine Strafe wegen mangelnder Gedächtnisleistung oder mangelnder Staatsangehörigkeit darstellen sollte.*
- 2. Fordern die schrittweise Öffnung des öffentlichen Dienstes als geeignetes Mittel zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen.*
- 3. Fordern die Schaffung einer neuen Laufbahngruppe innerhalb des öffentlichen Dienstes, die für ausländische Einwohner reserviert ist, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen.*
- 4. Erachten die luxemburgische Sprache und die Mindestaufenthaltsdauer von sieben Jahren als angemessene Bedingungen für die Zulassung zur Prüfung.*
- 5. Begrüßen und sind mit der Änderung der großherzoglichen Verordnung vom 7. April 2017 einverstanden, die in Artikel 5 das Erfordernis eines Strafregisterauszugs einführt. .*
- 6. Fordern eine individuelle Anpassung des „examen-concours“ an die jeweilige Laufbahn.*
- 7. Fordern die Einführung von Vorbereitungskursen, die Bewerbern drei eintägige Trainingsmodule anbieten, die für jede Art von Laufbahn geeignet sind, um die Ausfallquote zu reduzieren (z.B. das von der EPSO vorgeschlagene Vorbereitungsprogramm).*
- 8. Fordern eine Klärung der aktuellen Situation bei der Einstellung von Zeitarbeitskräften durch öffentliche Einrichtungen.*

9. Empfehlen die vorübergehende Rekrutierung von Freiwilligen der Armee zur Reduzierung der Aufgaben der Post- und Telekommunikationsdienste.
10. Allgemein möchten wir das Dienstleistungsangebot maximieren, was zu einer schnelleren Bearbeitung von Anträgen mit neuen technologischen Mitteln führt. Auch wollen wir die Effizienz im öffentlichen Sektor durch Stärkung der "Online Verwaltung - E-Governance" steigern, beispielsweise durch die Website guichet. lu.

¹ l'Office européen de sélection du personnel